

Große Anfrage

der Abgeordneten Amling, Antretter, Dr. Apel, Bahr, Bindig, Büchler (Hof), Dr. von Bülow, Catenhusen, Daubertshäuser, Dr. Ehrenberg, Franke (Hannover), Frau Fuchs (Verl), Gansel, Gerstl (Passau), Glombig, Hauck, Heistermann, Heyenn, Hiller (Lübeck), Horn, Ibrügger, Jahn (Marburg), Jansen, Dr. Jens, Jungmann, Kirschner, Kißlinger, Dr. Klejdzinski, Kolbow, Kretkowski, Kuhlwein, Leonhart, Meininghaus, Müntefering, Nehm, Neumann (Bramsche), Frau Odendahl, Oostergetelo, Pauli, Pfuhl, Rappe (Hildesheim), Reschke, Reuter, Sander, Schäfer (Offenburg), Dr. Scheer, Schlatter, Frau Schmidt (Nürnberg), Schmitt (Wiesbaden), Schulte (Unna), Dr. Schwenk (Stade), Dr. Soell, Dr. Steger, Steiner, Frau Steinhauer, Dr. Struck, Frau Terborg, Frau Traupe, Dr. Vogel, Voigt (Frankfurt), Walther, Dr. Wernitz, Wiefel, Wischnewski, Würtz und der Fraktion der SPD

Zur sozialen Lage der Soldaten in den Streitkräften

Das letzte Weißbuch des Bundesministers der Verteidigung (BMVg), das sich umfassend mit der sozialen Lage der Soldaten beschäftigte, stammt von der sozial-liberalen Koalition und datiert von 1979. Das Weißbuch 1983 der christlich-liberalen Koalition klammert diese Problematik aus und beschränkt sich einseitig auf die Darstellung sicherheitspolitischer Probleme. Die These der Bundesregierung, daß auch in den Streitkräften der Mensch im Mittelpunkt stehe, findet damit in dieser regierungsamtlichen Verlautbarung keinen Niederschlag.

Aufgabe der Streitkräfte ist es, jederzeit einsatzbereit zu sein. Neben der Qualität der Ausrüstung und des Materials spielt dabei die Motivation der Menschen, d.h. die Zufriedenheit in ihren Arbeitsbedingungen, eine entscheidende Rolle. Deshalb ist es dringend geboten, die soziale Lage der Soldaten und die Umweltbedingungen für den Dienst in den Streitkräften in die politische Diskussion einzubringen. Obwohl mehrere Berichte der jüngeren Vergangenheit sich mit diesen Problemen beschäftigen und Vorschläge zur Lösung der zahlreichen Probleme in den Streitkräften gemacht haben [vgl. z.B. den Bericht „Die soziale Lage der Angehörigen der Bundeswehr“ von 1978, den Bericht „Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften“ (de Maizièrre-Kommission) von 1979, den Bericht der Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr von 1982 und die Jahresberichte des Wehrbeauftragten] fehlt es in zentralen Bereichen der Personal- und Sozialstruktur der Streitkräfte, die für ihre

Einsatzbereitschaft von wesentlicher Bedeutung sind, an konzeptionellen Überlegungen der Bundesregierung und an entsprechenden Entscheidungen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Personallage der Streitkräfte

1. Welche konzeptionellen Vorstellungen verfolgt die Bundesregierung, um angesichts der erkennbaren demographischen Entwicklung die Personallage der Streitkräfte langfristig stabil und strukturell ausgewogen zu halten, nachdem die Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr ihre Vorschläge hierzu vorgelegt hat?
2. Welche Absichten hat die Bundesregierung, um in Zukunft einen am Auftrag der Streitkräfte orientierten Personalbedarf zu sichern, der gleichzeitig die bisherige permanente Überforderung der Soldaten beseitigt?
3. Welche konkreten Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, um die Schere zwischen militärischem Auftrag und personellen Mitteln zu schließen?
4. Was tut die Bundesregierung, um die in vielen Bereichen der Streitkräfte herrschende Überforderung der Soldaten, verursacht durch Personalfehl und unzureichend ausgebildetes Personal, zu beseitigen?
5. Ist die Bundesregierung bereit, die Attraktivität der Streitkräfte für Zeitsoldaten, z. B. durch Einführung von Verpflichtungsprämien und Verbesserungen in der Versorgung (Übergangshilfe, Absicherung gegen Arbeitslosigkeit usw.), zu erhöhen, um das Bewerberaufkommen auch in den geburtenschwachen Jahrgängen ab Ende der 80er Jahre sicherzustellen?

II. Ungünstige Altersstruktur

1. Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Verwendungsstau in den Streitkräften wirksam und auf Dauer zu beseitigen?
 - a) Ist insbesondere an eine Neufestlegung der besonderen Altersgrenze gedacht bzw. an ein vorzeitiges Ausscheiden auf eigenen Antrag mit entsprechender Versorgung?
 - b) Ist die Bundesregierung bereit, auch im Haushalt 1985 zusätzliche Planstellen für die im Stau befindlichen Offiziere und Unteroffiziere bereitzustellen, und wenn ja, in welchem Umfang?
2. Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte ist abhängig vom Lebensalter und der körperlichen Leistungsfähigkeit des Führungspersonals.

Für welche Verwendungen haben die Streitkräfte Grenzalter festgelegt, in welchem Umfang sind die Grenzalter bereits überschritten, wie ist die vorhersehbare Entwicklung, und wo

steht die Bundeswehr in dieser Hinsicht im Vergleich mit den NATO-Partnern?

III. Soziales Umfeld

1. Es ist der Bundesregierung bekannt, daß jährlich zwischen 9000 und 12000 Versetzungen von Bundeswehrsoldaten durchgeführt werden. Diese Versetzungen wirken sich auf die Angehörigen der Soldatenfamilien zum Teil katastrophal aus.

Was tut die Bundesregierung, um die Anzahl der Versetzungen und die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten?

2. Die vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegebenen wehrpsychologischen Untersuchungen „Mobilität in der Bundeswehr“ (Heft 5/1982), die davor datierte Ausarbeitung „Umzug tut weh“ von Gisela Gerber und der durch das Land Nordrhein-Westfalen im Dezember 1980 herausgegebene sogenannte Landes-Kinderbericht machen Probleme deutlich, die in der Familie durch eine Versetzung bzw. einen Umzug auftreten, wie z. B.

- Belastung der Ehegatten und Schwierigkeiten mit den Kindern durch die Trennung,
- außerordentliche Belastung für die Kinder im schulischen Bereich (Schulversagen).

- a) Ist die Bundesregierung bereit, angesichts dieser in den oben zitierten Berichten dargestellten Probleme eine zweite Familienheimfahrt im Monat für Soldaten einzuführen?
 - b) Ist die Bundesregierung darüber hinaus bereit, den § 8 des Bundesumzugskostengesetzes insoweit zu ändern, als der Betrag für Nachhilfeunterricht – der seit langem nicht mehr ausreicht – für Soldaten erhöht wird, um die in den Untersuchungen angesprochenen schulischen Probleme der Soldatenkinder wenigstens teilweise beseitigen zu helfen?
3. Die Bundesregierung hat wiederholt die Ansicht vertreten, eine spezielle Wohnungsfürsorge für die Soldaten sei wegen der erforderlichen Gleichbehandlung mit dem übrigen öffentlichen Dienst nicht vertretbar.
- a) Ist es auch im übrigen öffentlichen Dienst – außer im auswärtigen Dienst – wie bei den Soldaten üblich, daß im Durchschnitt alle drei (bei den Offizieren) oder fünf Jahre (bei den Unteroffizieren) eine Versetzung mit Standortwechsel und Umzug der Familie erfolgt?
 - b) Wie soll in Ballungsgebieten für eine ausreichende Zahl von Bundesdarlehenswohnungen gesorgt werden, wenn davon jährlich 1000 bis 2000 aus dem Bestand ausscheiden, kaum Besetzungsrechte verlängert und (wie 1983) lediglich 50 Wohnungen neu errichtet werden?
 - c) Wieviel bundeseigene Wohnungen sind seit dem Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 10. November 1983 an die Oberfinanzdirektionen, den Verkauf von bundeseigenen

Wohnungen ernsthaft zu betreiben, aus dem Besitz des Bundes verkauft worden?

- d) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Einfachausstattung zahlreicher bundeseigener Wohnungen (Ofenheizung, Einfachverglasung, Ölfarbanstrich in den Naßräumen) so zu verbessern, daß sie für Bundesbedienstete und damit auch für Soldaten wieder zumutbar werden?
 - e) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der Regelung gemacht, nach der seit 1979 die Zuweisung solcher „Schlichtwohnungen“ an Soldaten zum Zwecke der Einstellung der Trennungsgeldzahlungen („Trennungsgeld-Falle“ oder „Trennungsgeld-Killer“) nicht mehr erfolgen darf, und schließt die Bundesregierung aus, daß trotz dieser Regelung auch heute noch in Einzelfällen so verfahren wird? Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen?
 - f) Wann und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung Stellung zu nehmen zu der „Konzeption für eine Neuordnung der Wohnungsfürsorge für Soldaten“ des Deutschen Bundeswehr-Verbands vom September 1983? Welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus dieser Konzeption ziehen?
4. Die Zinsen für Bundesdarlehen wurden mehrfach angehoben und dadurch die Mieten für Bundesdarlehenswohnungen erheblich erhöht. Hinzu kommt die Ausgleichsabgabe für drei Jahrgangsgruppen an den Standorten, die von den zuständigen Regierungen der Bundesländer und Stadtstaaten in den entsprechenden Rechtsverordnungen festgelegt sind.
- a) Welche Rückflüsse, getrennt nach Tilgungen und Zinsen, sind aus Darlehen im Wohnungsfürsorgebereich der Bundeswehr 1981 bis 1983 erfolgt, welches Aufkommen wird für 1984 erwartet?
 - b) Welche Aufwendungen sind im gleichen Zeitraum erfolgt bzw. vorgesehen
 - für die Errichtung von Bundesdarlehenswohnungen,
 - für die Familienheimförderung jeweils im Verteidigungsbereich?
5. Welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung, um die Höhe der Dienstzeitbelastung der Soldaten abzubauen? Wann gedenkt die Bundesregierung, zum interfraktionellen Entschließungsantrag des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 10. März 1982 zur Dienstzeitbelastung der Soldaten Stellung zu nehmen?
6. Welche Lösungsmöglichkeiten strebt die Bundesregierung an, um die Vergütung für Spitzendienstzeiten (§ 50 a des Bundesbesoldungsgesetzes) gerechter zu gestalten?

7. Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzliche Dienstzeitregelung für Soldaten einzuführen?

IV. Wehrgerechtigkeit

1. Was hat die Bundesregierung bisher getan, um das Versprechen des Bundeskanzlers aus seinen Regierungserklärungen zu realisieren, mehr Wehrgerechtigkeit zu schaffen? Welche Pläne, die zu diesem Ziel führen, liegen vor?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, den Wehrsold noch im Jahr 1984 an die Preisentwicklung nach der letzten Erhöhung vom 1. Januar 1981 anzupassen?
3. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die vom Wehrbeauftragten in seinem letzten Bericht kritisierte Umgehung bzw. Aushöhlung des Arbeitsplatzschutzgesetzes zu beseitigen? Wird die Bundesregierung insbesondere im eigenen Bereich tätig werden, um zu verhindern, daß weiterhin Bundesbehörden und nachgeordnete Behörden des Bundes selbst die Bestimmungen des Arbeitsplatzschutzgesetzes dadurch unterlaufen, daß sie jungen Männern lediglich Zeitarbeitsverträge bis zum Termin ihrer Einberufung zum Grundwehrdienst gewähren?

V. Weißbuch der Bundesregierung

Wann gedenkt die Bundesregierung, das 1983 angekündigte Weißbuch zur Lage und zur Entwicklung der Bundeswehr zu veröffentlichen?

Bonn, den 26. April 1984

Amling
Antretter
Dr. Apel
Bahr
Bindig
Büchler (Hof)
Dr. von Bülow
Catenhusen
Daubertshäuser
Dr. Ehrenberg
Franke (Hannover)
Frau Fuchs (Verl)
Gansel
Gerstl (Passau)
Glombig
Hauck
Heistermann
Heyenn
Hiller (Lübeck)
Horn
Ibrügger
Jahn (Marburg)

Jansen
Dr. Jens
Jungmann
Kirschner
Kißlinger
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Kretkowski
Kuhlwein
Leonhart
Meininghaus
Müntefering
Nehm
Neumann (Bramsche)
Frau Odendahl
Oostergetelo
Pauli
Pfuhl
Rappe (Hildesheim)
Reschke
Reuter
Sander
Schäfer (Offenburg)
Dr. Scheer
Schlatter
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmitt (Wiesbaden)
Schulte (Unna)
Dr. Schwenk (Stade)
Dr. Soell
Dr. Steger
Steiner
Frau Steinhauer
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Traupe
Voigt (Frankfurt)
Walther
Dr. Wernitz
Wiefel
Wischnewski
Würtz
Dr. Vogel und Fraktion

